

Pofener Tageblatt

Sticker- und Zeichnungsatelier
MASCOTTE
unter dem Kino Apollo
Größte Auswahl in fertig- u. aufgezogenen Arbeiten sowie Zulaten. Größte erweiterte Kollekt. in Muster- vorkl. Annahme v. sämtl. Stickerarbeiten und Monogrammen. Billigste Preise.

Bezugspreis: In Polen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmł. Einzelnummer 0.25 zł, mit illust. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Pofener Tageblattes, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammannschrift: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200288 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. Platzvorrichtung u. schwieriger Satz 50 %, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Ofterengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unentlicher Manuscriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernspracher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

Augenläser
in jeder Ausführung
H. Foerster
Diplom-Optiker
Poznań
ul. Fr. Ratajczaka 25.

70. Jahrgang

Dienstag, 13. Oktober 1931

Nr. 235.

Plötzliche Abreise des Marschalls Piłsudski nach Rumänien

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 12. Oktober.

Gestern nachmittag um 3 Uhr ist Marschall Piłsudski in Begleitung seines Arztes Dr. Wojcicki mit dem direkten Zuge Warschau—Konstanza nach Rumänien zu einem mehrtägigen Erholungsaufenthalt abgereist. Auf dem Bahnhof wurde der Marschall vom Ministerpräsidenten Piłsudski, den Ministern Kühn und Jan Piłsudski, den Vizepräsidenten Beda und Schückel, den Obersten Stawel und vielen anderen hohen Würdenträgern und Beamten verabschiedet. Marschall Piłsudski soll die Absicht haben, sich in der Nähe von Konstanza einige Wochen aufzuhalten. Doch ist über das endgültige Reiseziel noch nichts Endgültiges bekanntgegeben worden, und man vermutet teilweise, daß er von Rumänien aus nach Ägypten fahren werde. Die Abreise des Marschalls ist den politischen Kreisen in Warschau überraschend gekommen. Als vor einiger Zeit gemeldet wurde, daß Marschall Piłsudski die Absicht habe, sich für mehrere Wochen zur Erholung ins Ausland zu begeben, wurde diese Meldung amtlicherseits entschieden dementiert. Auch in der ersten Sitzung der Sejm Session kam es zu großen Lärmjahren, als ein Redner der Opposition auf die Meldung anspielte, daß der Marschall einen Erholungsurlaub nehmen wolle, und diese Absicht des Marschalls in Anbetracht der gegenwärtigen schweren Lage des Landes, die wichtige Entscheidungen benötigte, scharf kritisierte. Damals erhob sich auf

den Bänken der Regierungspartei ein großer Lärm, und man protestierte heftig gegen derartige Meldungen, die keineswegs bekräftigt seien. Inzwischen haben sie sich durch die gestrige Abreise des Marschalls bewahrt. Die plötzliche Abreise des Marschalls ist auf das Gutachten seines Arztes zurückzuführen, der dem Marschall einen längeren Erholungsurlaub verordnet hat. Marschall Piłsudski hat sich bekanntlich am 15. Dezember v. Js. zu einem mehremonatigen Aufenthalt nach Madeira begeben, und damals war die Reise einen Monat vorher bekanntgegeben. Der Marschall ist Anfang April zurückgekehrt und hat sich dann während des Sommers mehrfach eine Zeit in Sulejowski zur Erholung aufgehalten. Er verbrachte im Juli bis Anfang August einige Erholungswochen auf seinem Gute in Piłsudki, wo er, wie die Regierungspresse berichtet, seiner beliebten Beschäftigung, dem Krebsfang, nachging. Auch danach ist er einige Male in Sulejowski gewesen und begibt sich nunmehr zu einer längeren Erholungsreise nach Rumänien. Wie die regierungstreue Presse zu berichten weiß, ist Marschall Piłsudski bei seiner Abreise äußerst fröhlich gewesen und hat sehr viel gelacht. Auf seinem Gesicht sollen Spuren des Madeira-Aufenthalts erkennbar gewesen sein. Der Marschall hat vor seiner Abreise mit dem rumänischen Gesandten eine Besprechung gehabt. Sein Visum hat er drei Tage vor der Abreise besorgt. Dabei wurde alles streng geheim gehalten, ebenso wie der Aufenthaltsort des Marschalls verschwiegen wird.

Die Tagung in Harzburg Geschlossene Kundgebung der nationalen Opposition — Die Forderungen

rst. Polen, 12. Oktober.

Wie bereits kurz berichtet, sind gestern, am Sonntag, in Harzburg die Parteien zusammengetreten, die sich zur nationalen Opposition bekennen. Die Tagung begann mit Fraktionsitzungen der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen und Teilen des Landbundes. Diese Sitzungen endeten mit einem Programm, das in Kürze in die Tat umgesetzt werden soll. Darunter befinden sich vier Forderungen, die in der Hauptsache besagen:

1. Vertrauensvotum für Brüning,
2. Auflösung des Reichstages und preussischen Landtages,
3. Neuwahlen am 8. November,
4. Übernahme der Regierungsgewalt durch die Rechtsparteien.

Am Nachmittag traten die Parteien zu einer gemeinsamen Kundgebung im Kurhaus zu Harzburg zusammen. In dieser öffentlichen Kundgebung nahmen neben den oben genannten Parteien noch die Organisation des „Stahlhelm“ und andere nationale Verbände teil. Es sprach zuerst

Geheimrat Hugenberg, der in der Rede die vier Forderungen der nationalen Opposition unterstrich und erklärte, daß die Bekämpfung mit Frankreich und dem internationalen Kapitalismus unmöglich sei. Deutschland könne nur wieder aufwärtsgehen, wenn es mit England und Amerika gegen Frankreich sich wende. Dabei ist zu beachten, daß das deutsche Volk für eine Lebensgeneration arm bleiben werde. Deutschland müsse sich einwählen, Not dulden und sparjam sein, wenn es aufsteigen wolle. Die heutige Kollage habe die Rechten schon vor vier Jahren vorausgesagt, und alles sei so eingetroffen. Darum müsse jetzt die Rechte die Regierungsgewalt in die Hand nehmen.

Adolf Hitler sprach in der öffentlichen Versammlung das Ähnliche aus und erklärte, daß das dritte Reich den deutschen Aufstiegs angebrochen sei. Die Regierungen der Mitte seien eine Farce. Deutschland könne nur eine Entscheidung treffen, nämlich

entweder kommunistisch oder nationalistisch regiert werden, alles andere sei Puscherei. In dem deutschen Volke muß diese Entscheidung herausgedrängt werden, denn sonst käme zu dem religiösen Zwiespalt auch noch der nationale Zwiespalt, und dann sei es mit dem deutschen Geiste vorbei. Deutschland müsse vor allem auf sich selber gestellt bleiben, es müsse aus eigener Kraft seinem Lande die Lebenshaltung sichern, den Versailles-Vertrag nicht anerkennen und nach kolonialen Bestrebungen, um seine Bevölkerung am Leben zu erhalten. Die Nachkriegsregierungen hätten alle versagt, jetzt sei es an der Zeit, zu zeigen, daß das dritte Reich Frieden, Brot und Arbeit zu bringen in der Lage sei und den sozialen Wohlstand des Volkes allein sicherstelle.

Im gleichen Rahmen sprachen auch Selbte und Dürstberg, die Führer des „Stahlhelm“, die noch vor nicht langer Zeit von den Nationalsozialisten auf das erbitterteste bekämpft wurden. Selbte verlangte die Wiederherstellung der nationalen Würde durch die deutsche Wehrmacht, die auf der nächsten Abrüstungskonferenz gefordert werden müsse. Auch er unterstrich die Einigkeit der nationalen Opposition und sagte, daß der Völkerrund dem deutschen Volke nicht helfen könne und auch nicht helfen wolle. Darum sei Deutschland auf sich selber gestellt, und es müsse seinen Weg verantwortungsbewußt und selbstbewußt gehen, so werde auch die Freiheit über alle deutschen Menschen ausgebreitet werden.

Die Tagung wurde morgens durch Feldgottesdienste eingeleitet. Dabei sprachen ein evangelischer und ein katholischer Pfarrer. Nachher fand ein Vorbeimarsch der Nationalsozialisten statt. Die Tagung, die mit einem allgemeinen Protest gegen die Reichsregierung schloß, forderte zum Schluß noch die sofortige Aufhebung aller erlassenen Notverordnungen seit Februar.

Auch Dr. Schacht sprach bei dieser Kundgebung und richtete ganz besonders schwere und scharfe Angriffe gegen die Politik der Reichs-

bank und gegen den derzeitigen Reichsbankpräsidenten Dr. Lutzer. Es müsse sofort eine grundlegende Aenderung eintreten, forderte er unter dem Beifall der Menschenmenge.

Wir bringen diesen Bericht in großen Umrißen, so wie er gestern Abend zur Veröffentlichung kam. Die polnische Presse beschäftigt sich heute mit dem „imperialistisch-militaristischen Kabinett Brüning“ und lehnt es geschlossen und in scharfen Worten ab. Nach dieser Harzburger Tagung und den dortigen Forderungen können wir uns ausmalen, was man in der polnischen Presse nunmehr schreiben wird. Wenn ihnen das Kabinett Brüning schon so außerordentlich gefährlich vorkommt, wie mag erst Hitler wirken?

Aber das bleibt sich gleich. Selbst wenn eine radikale Linksregierung in Deutschland erschiene und nichts anderes tun würde als nur Liebeslieder zu singen, als nur die östliche Schönheit zu umschwärmen, wir würden nichts anderes in der polnischen Presse lesen als von der deutschen Perfidie und Gemeinheit, die sich in so läugerischen Formen zeigt. Es ist gleich, ob links, ob rechts, ob versöhnlich, ob unveröhnlich — gegen diese Einstellung kommt niemand auf der ganzen Erde an. Wie gefährlich und wie schädlich eine solche Einstellung ist, werden wir demnächst in einem Artikel an leitender Stelle beleuchten.

Berlin, 12. Oktober. (R.) In einer politischen Rede in Bad Harzburg ist die Lage der Reichsbank und der Währung als bedenklich bezeichnet worden. Hierzu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die in der Rede erwähnten Dinge, so weit sie tatsächlich richtig sind, der Öffentlichkeit niemals verheimlicht werden sind. Es sei zu bemerken, daß die Finanzprognose eines Kreditkontokorrents zur Auffüllung des Gold- und Devisenbestandes der internationalen Uebung gegenseitiger Unterstützung der Notenbanken entspricht. Was die Auslandsverschuldung betrifft, so hat die Ueberarbeitung der Statistik tatsächlich etwas höhere Zahlen ergeben, so daß sich die daraus zu ziehende Folgerung verändert habe. Ebenso ist der Defizitgrad nicht verhehelt worden, daß ein Teil der Wechsel des Reichsbank-Portefeuilles Finanzwechsel, nicht Warenwechsel sind.

Bad Harzburg, 12. Oktober. (R.) Auf der Kundgebung der in Harzburg vereinigten Rechtsopposition wandte sich Dr. Hugenberg u. a. gegen die „bisherigen Gewaltthaten“, denen er ebenso wie dem internationalen Kapital die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuschob. Er forderte Neuwahlen in Preußen und legte abschließend die Gefahr eines Bolschewismus für Amerika dar. Die vorgelegte Entschließung fordert einen Kurswechsel im Sinne der Rechtsopposition. Darauf ergriff Hitler das Wort, der u. a. sagte: Nicht um parlamentarische Veränderungen oder um Regierungsänderungen geht der Kampf der Opposition, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung zwischen Nationalismus und Kommunismus. Nach den beiden Stahlhelmführern Selbte und Dürstberg erklärte Graf Falkenhausen, daß der Reichslandbund sich der Rechtsopposition anschließe. Dr. Schacht wandte sich gegen die Führung der Finanzwirtschaft und forderte als Wirtschaftsprogramm der Rechtsopposition das Friedrichs des Großen nach dem siebenjährigen Kriege. Nach Justizrat Claus und Graf von der Goltz dankte Dr. Hugenberg in einem Schlusswort allen, die an der Tagung mitwirkten.

Die Harzburger Tagung im Spiegel der Pariser Presse

Paris, 12. Oktober. (R.) Die gesamte Morgenpresse bringt ausführliche Berichte über die Kundgebung in Bad Harzburg.

„Deux“ schreibt, es entstehe die Frage, wo Hitler, wenn er einmal in die Regierung gelangen würde, Hilfe im Ausland zu finden gedenke. Nachdem das Blatt eine Hilfeleistung Italiens und Rußlands als fraglich darstellt, glaubt es zu einer Unterstützung durch Amerika erklären zu müssen, daß die Zurückziehung amerikanischer Kapitalien aus Deutschland nach den Hitlerwahlen von 1930 für Deutschland den Beginn der jetzigen Krise bedeutet habe.

„Petit Parisien“ hält die Harzburger Kundgebung für ein Ereignis, das für die „Verwirrung“ charakteristisch sei, in der sich Deutschland gegenwärtig befinde. Die Kundgebung habe, so fährt das Blatt fort, den Wert einer besonders ersten Mahnung für die jetzigen leitenden Staatsmänner in Deutschland.

„Ere Nouvelle“ wirft die Frage auf, ob es den Parteien in Deutschland, die die soziale Unord-

Alles auf einen Blick:

Der Völkerrundrat ist wegen des japanisch-chinesischen Konflikts für Dienstag, den 13. Oktober, einberufen worden.

In der polnischen Presse werden sehr viele Stimmen zur neuen deutschen Regierung veröffentlicht, die sich sehr ablehnend aussprechen.

In Harzburg fand die Tagung der deutschen Rechtsopposition statt, in der Forderungen erhoben wurden, wonach die Reichsregierung zurückzutreten habe, der Reichstag aufgelöst sei und Neuwahlen ausgeschrieben werden sollten.

Die deutschen Parteien in Schlesien haben an den Wojewoden Dr. Graczyński einen Brief gerichtet, der sich mit der Propaganda der Liga zur Großmachtentwicklung Polens befaßt.

Die ukrainische Abgeordnete Rudnicka hat an die polnischen Frauenorganisationen, die sie besonders scharf angegriffen hatten, einen offenen Brief gerichtet.

Beim Explosionsunglück in Gdingen sind sieben Menschen getötet worden.

Sie müssen lesen:

Plötzliche Abreise des Marschalls Piłsudski. — Die Tagung in Harzburg. — Pressestimmen zum Kabinett Brüning. — Eine deutsche Anfrage. — Der Konflikt mit Lettland.

Heute „Illustrierte Sportbeilage“

nung und wirtschaftliche Anarchie zu vermeiden bestrebt sein, gelingen werde, sich zu vereinigen, um den Ansturm der extremen Rechten abzuwehren zu können.

„Quotidien“ schreibt, Frankreich werde von Hitler für alle Leiden Deutschlands verantwortlich gemacht; es sei das Ziel des Führers der extremen Rechtsopposition, internationale Verträge zu vernichten. Man könne der Ansicht sein, so fährt das Blatt fort, daß es sich nur um Worte handle; aber diese Worte können doch gefährliche Illusionen enthalten, sobald die Volksmasse in Deutschland zu der Ansicht käme, daß man nur internationale Verträge zu zerreißen und Frankreich zu verwünschen brauche, damit die Arbeitslosigkeit behoben und der Wohlstand in Deutschland wieder zunehmen werde.

Nachdem „Avenir“ die Ziele der Rechtsopposition ähnlich interpretiert hat, stellt das Blatt fest, daß die leitenden deutschen Staatsmänner wohl durch die Verfassung geschützt würden. Aber doch liege fest, so glaubt das Blatt betonen zu müssen, im Bereich des Möglichen, daß die Rechtsparteien auf gefehliche Weise die Führung in Deutschland übernehmen.

„Homme Libre“ hält es bis zu einem gewissen Grade für möglich, daß die gestrige Kundgebung auf die künftige Entwicklung der deutschen Politik Einfluß nehmen könnte. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ betont, die Ereignisse, die sich an dem gestrigen Tage abspielten, hätten einen unübersehbareren Graben zwischen Frankreich und den deutschen Nationalisten hergestellt.

Die deutsche Volkspartei

Breslau, 12. Oktober. (R.) Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, sprach gestern nachmittag in Breslau vor den Vertrauensleuten des ober- und nieder-schlesischen Wahlkreises der D. V. P. Der Redner führte u. a. aus: Der Glaube an die Macht des Staates in Wirtschaftsfragen habe Schiffbruch erlitten. Alle Anerkennung der Persönlichkeit des Kanzlers hindere die Deutsche Volkspartei nicht, die fernere Unterstützung seiner Politik zu verneinen. Wir brauchen eine Regierung, die mit großer Kraft den Freiheitswillen der Nation voranstelle. Gegen die Gefahren des Kommunismus müsse ein Dammbau aufgerichtet werden. Der Redner bekannte sich dann zu einem Bündnis mit der „nationalen Opposition“. Nach den Ausführungen Dingeldeys sagte die Versammlung eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Die Teilnehmer billigen die Ausführungen und stellen sich entschlossen hinter die Führung der D. V. P.

Der Völkerrundrat einberufen

Der Präsident des Völkerrundrates, der japanische Außenminister Ferrou, hat den Völkerrundrat für Dienstag, den 13. Oktober, mittags 12 Uhr einberufen, um erneut zu dem japanisch-chinesischen Konflikt Stellung zu nehmen.

Die chinesische Regierung hatte am Freitag telegraphisch einen neuen dringenden Appell an den Völkerrundrat gerichtet mit dem Ersuchen, unverzüglich zur Behandlung des Konflikt-

tes mit Japan zusammenzutreten. Die chinesische Note ist sofort sämtlichen Ratsmächten übermittelt worden.

Die deutschen Delegierten Gesandter v. Mutius und Geheimrat Freiherr v. Schön, Dirigent der Abteilung Ostasien des Auswärtigen Amtes, werden sich am Sonntag nach Genf begeben.

In maßgebenden Kreisen des Völkerbundssekretariats rechnet man damit, daß die Tagung des Völkerbundsrates, die zur erneuten Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts, wie gemeldet, für Dienstag, den 13. Oktober, einberufen worden ist, mindestens drei Tage dauern wird.

Es gilt als sicher, daß an der Tagung die Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens teilnehmen werden.

Offene Antwort der Abg. Rudnicka

Warschau, 12. Oktober. (Eig. Telegr.)

Die in den polnischen, der Regierung nahe stehenden Organisationen führenden Frauen des Landes, die weiblichen Abgeordneten des Regierungsblochs zum Sejm und Senat, haben, wie berichtet, vor einigen Tagen an die ukrainische Abgeordnete Frau Milena Rudnicka einen offenen Brief gerichtet, in dem die schwersten Anwürfe gegen die Abg. Rudnicka erhoben werden.

Frau Rudnicka hat nunmehr auf alle die Anwürfe des offenen Briefes der polnischen Frauen gleichfalls in einem offenen Briefe geantwortet. Sie bezeichnet den offenen Brief der polnischen Frauen als ein weiteres Glied in der langen Kette der tragischen Mißverständnisse, aus denen sich leider vor einigen Jahren die polnische Nationalitätenpolitik zusammensetzte.

Die Abg. Rudnicka hebt weiterhin hervor, daß sie überall an den internationalen Stellen völlig loyal gehandelt habe. Außerdem habe sie mit Tatsachen argumentiert, und es sei nicht ihre Schuld, wenn die reine Wahrheit Polen in der Weltmeinung schade.

Ein dreistöckiges Haus in Wilna eingestürzt

Warschau, 12. Oktober. (Eig. Telegr.)

Am Sonntag früh ist in Wilna ein dreistöckiges Haus eingestürzt. Das Haus war noch nicht bewohnt, und es wurden noch einige innere Umbauten vorgenommen. Der Hausbesitzer hatte in letzter Zeit mit dem Architekten gebrochen und den Bau allein weitergeführt.

Czenstochauer Krankenkassen-Mordprozess in zweiter Instanz

Warschau, 12. Oktober. (Eig. Telegr.)

Am 14. Oktober vorigen Jahres hat bekanntlich in Czenstochau der Sozialist Jan Kozłowski die Anhänger der Regierungspartei und Krankenkassenbeamten Furmaniczki, Kojewski und Morda erschossen und sich dann selbst das Leben genommen.

Uruguay erklärt ein Moratorium

Montevideo, 12. Oktober. (Associated Press.)

Die uruguayischen Deputiertenkammer hat heute vor dem Senat bereits angenommenen Gesetzesvorlage zugestimmt, durch die ein obligatorisches Moratorium für kommerzielle Verpflichtungen in ausländischer Währung erklärt wird.



Das schwere Explosionsunglück in Gdingen

Am Schauplatz der Katastrophe

In den Abendstunden des 8. Oktober ereignete sich in Gdingen eine schwere Leuchtgas-Explosion, durch die 14 Wohnungen eines Neubauwerks zerstört, zahlreiche Einwohner getötet und schwer verletzt wurden.

Der Konflikt mit Lettland Die polnische Presse erklärt

Warschau, 12. Oktober. (Eig. Telegr.)

Die letzten Vorgänge in Lettland, über die im Zusammenhang mit der Unterdrückung der polnischen Minderheit in Lettland die polnische Presse berichtet, haben fast ausnahmslos der gesamten polnischen Presse Veranlassung gegeben, gegen Lettland Stellung zu nehmen.

Bei den Maßnahmen der lettischen Regierung gegen die Polen in Lettland lägen die Verhältnisse jedoch genau umgekehrt. Die Polen in Lettland wären immer staatsfremd gewesen im Gegensatz zu vielen anderen Elementen innerhalb des Landes.

Zahre 1919 mit Feuer und Schwert die lettischen Gebiete zerstört, sicherlich sehr viel lettlandische Staatsangehörige deutscher Nationalität gewesen wären (diese Anspielung soll wohl heißen, daß Lettland doch lieber die Deutschen unterdrücken sollte als die Polen. Red.)

Das Blatt glaubt, daß hinsichtlich der materiellen Zusammenlegung der Kräfte die Richtung der polnischen Politik folgenreicher für die Zukunft Lettlands sei als die Richtung der lettischen Politik für die Zukunft Polens.

Bressestimmen zum Kabinett Brüning

Die Meinung der polnischen Presse - Keinerlei Sympathie, nur Ablehnung - Kraftloses Deutschland ist das Ziel - Treviranus und Groener als schwarze Männer - Es bleibt bei der alten Methode, die nur verdächtigen kann - Ansruchtbarer Dienst am Frieden

(Von unserem Warschauer Berichterstatter)

Warschau, 11. Oktober.

Die am Freitag neugebildete deutsche Regierung, die im Auslande und sogar in Frankreich, im allgemeinen eine günstige Beurteilung findet, wird von der gesamten polnischen Presse, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, mit Kommentaren begrüßt, die darauf schließen lassen, daß der Presse bei uns zu Lande eine starke Regierung in Deutschland äußerst un sympathisch ist.

zur Begründung des Baus des Panzerkreuzers A gewesen sei.

Zu der neuen Reichsregierung äußert sich das offizielle Organ der polnischen Regierung, die „Gazeta Polska“, unter anderem wie folgt:

Bei der Beurteilung der Zusammensetzung der neuen Reichsregierung fällt besonders auf, daß der Reichswehrminister, General Groener, gleichzeitig das Innenministerium übernommen hat. Die Konzentrierung dieser beiden Ressorts in einer Hand gibt dem Kabinett Brüning ein besonderes Gepräge.

wirklichen, mühte die Regierung Brüning mit der gleichen Energie gegen Kommunisten und Hitlerleute kämpften, was jedoch kaum erwartet werden kann.

Besonders wenig Vertrauen kann das neue Reichskabinett in Polen erwecken, da an ihm in so hervorragendem Maße General Groener beteiligt ist, der Autor der bekannten Denkschrift zur Begründung des Baus der Panzerkreuzer, in der aggressive Pläne Polens gegen Ostpreußen angeführt wurden.

Der regierungstreue „Ezpreß Poranny“ ist der Ansicht, daß das gegenwärtige Kabinett nur ein kleines Zugeständnis an die unerzittlichen Ansprüche der Rechten in Deutschland bedeute und daß immer weitere Zugeständnisse folgen werden, bis das Hitlerische „Dritte Reich“ schließlich vollendet sein wird.

Der „Kurjer Poranny“, ein ebenfalls der Regierung nahe stehendes Blatt, schreibt über die Regierung Hindenburg-Brüning-Groener: „Dieses Dreigespann entscheidet über die Innenpolitik wie Außenpolitik Deutschlands. Es ist ein militärisches Triumvirat, Anhänger von absolutistischen Militärregierungen, und seine Denkart ist wenig gemeinsam mit wirklich zivilisierten Vätern.“

Die polnische Presse ist sich einig, daß die deutsche Politik keine Zweifel hegen, daß die Richtung der deutschen Politik keine Veränderung unterliegt, hat Hindenburg in dem Brüning-Kabinett auch Herrn Treviranus belassen! Auf diese Weise sind beide Seiten der Medaille herüschichtig: nach außen repräsentiert Deutschland der „ernsthafte“ und „nordische“ Dr. Brüning, der das Vertrauen des Reichspräsidenten genießt; nach innen haben die Deutschen den Charakter eines vorbereitenden Instruments, das den Weg für ein ausgearbeitetes Diktaturkabinett bereiten soll.

Die Presse der polnischen Rechtsopposition äußert sich im allgemeinen zu der deutschen Kabinettsbildung ganz ähnlich wie die Regierungsopposition. Der gemäßigtesten „Kurjer Warszawski“ stellt fest, daß auf der politisch das neue deutsche Kabinett durch die Person des Reichszanklers Brüning, der in Frankreich sehr beliebt sei, einen gemäßigten Charakter trage.

Die polnische Presse ist sich einig, daß die Deutschen auch weiterhin nicht mit ihren Verdingungsschritten brechen. Die Zusammenlegung des übrigen Kabinetts sei aber eine durchaus andere, und das zweite Kabinett Brüning sei ein typischer reaktionäres Kabinett, wenn es auch offiziell eine Vertretung der Rechtsparteien wäre.

Die polnische Presse ist sich einig, daß die Deutschen auch weiterhin nicht mit ihren Verdingungsschritten brechen. Die Zusammenlegung des übrigen Kabinetts sei aber eine durchaus andere, und das zweite Kabinett Brüning sei ein typischer reaktionäres Kabinett, wenn es auch offiziell eine Vertretung der Rechtsparteien wäre.

Der rechtsstehende „Wieczór Warszawski“ hält fest, daß die neue deutsche Regierung alle Merkmale einer Diktatur des Triumvirats Hindenburg-Brüning-Groener trage. Offenbar gehe es den Deutschen darum, eine starke Regierung zu haben, die in einem Augenblick, wenn die Konferenz Hoovers mit Lausanne in Washington über einen neuen Lauf der Weltgeschichte, also auch der deutschen Geschichte entscheiden würde, fähig zu schnellen Entschlüssen und Entscheidungen sei.

Auch die polnischen Sozialisten sind mit der neuen deutschen Regierung sehr unzufrieden.

Sturm über Amerikas Wirtschaft

Durch nichts kann die innige Verflechtung der Weltwirtschaft schlagender bewiesen werden als durch die Tatsache, dass jetzt auch die Vereinigten Staaten von Amerika — neben Frankreich das einzige Bollwerk des Hochkapitalismus und der Goldhortung — eine schwere Erschütterung ihres Wirtschaftslebens durchmachen, die sich kaum noch von derjenigen Deutschlands und Englands unterscheidet. Das Aktionsprogramm Hoovers ist ein verzweifelter Schritt in letzter Stunde, der Amerika von den Fluten der Arbeitslosigkeit retten soll, und die Diskontenerhöhung zeigt klar, dass man sich jetzt auch schon zur Verteidigung des Dollarkurses rüsten muss.

Man darf den Ernst der Lage in den Vereinigten Staaten keineswegs unterschätzen. Zwar verfügt, wie Hoover noch in diesen Tagen betonte, das Land über enorme Reserven in finanzieller Hinsicht, aber die jüngste Bankenkrise hat gezeigt, dass auch hier nicht mehr alles so rosig ist, wie man es in der Öffentlichkeit darzustellen beliebt. Vor allen Dingen aber gibt der Staatshaushalt in den größten Bedenken Anlass.

In Deutschland und in England ist das Budgetdefizit in der Hauptsache durch die lange Zeit der Arbeitslosigkeit und die hierdurch erforderlich gewordenen grossen Mittel hervorgerufen worden. In den Vereinigten Staaten hat man für die Arbeitslosen bisher sehr wenig aufzuwenden gehabt, und trotzdem wird das laufende Fiskaljahr bereits ein Defizit von 200 Millionen Dollar erwarten, dem nur ein englisches Defizit von 181 Millionen £ gegenübersteht. Während in Deutschland und England die grössten Aufwände für die Sozialpolitik erfolgt sind, wirft man in den Vereinigten Staaten ungeheure Summen für kriegsrische Rüstungen und Militärentscheidungen hinaus.

Die Vereinigten Staaten sind das Paradies der Militärentscheidungen.

Vom Bürgerkrieg her müssen jetzt noch immer jährlich 29 Millionen Dollar an die Nachkommen der damaligen Kämpfer gezahlt werden, und seit Beendigung des letzten Krieges sind an Pensionen nicht weniger als 1400 Millionen Dollar aufgebracht worden. Am meisten fallen natürlich die Pensionen aus dem Weltkriege ins Gewicht. Die Höhe der Pensionen übersteigt die in allen übrigen Siegerstaaten. Jetzt will man einen Teil der Pensionen kapitalisieren und den erwerbslosen Kämpfern auszahlen, was neuerdings einen Aufwand von 400 Millionen Dollar verursachen wird. Dabei ist der Personenkreis, dem die Steuern lasten auferlegt werden, verhältnismässig klein. Nur 2 500 000 Personen der 118 Millionen betragenden Bevölkerung bezahlen Einkommensteuer, und nur 7 Prozent der Gesellschaften müssen 95 Prozent der gesamten Steuerquellen werden zwei Drittel der gesamten Einkünfte des Staatshaushalts geschöpft. Die kommunalen Abgaben stützen sich fast sämtlich auf die Besitzsteuer. Diese wirkt sich gegenwärtig um so drückender aus, als durch die Deflation die Preise erheblich gesunken sind, die Bewertungsgrundlage jedoch noch die alten höheren Preise berücksichtigt.

Die Vereinigten Staaten sind das Paradies der Militärentscheidungen.

Auch die Probleme der inneren amerikanischen Wirtschaftspolitik unterscheiden sich fast kaum von denen der durch die Krise am meisten betroffenen europäischen Länder. Die Ueberproduktion der Vereinigten Staaten spielt hier die erste Rolle. Als Hoover noch Handelssekretär war, hat er einmal festgestellt, dass die Vereinigten Staaten in acht Monaten ihren ganzen Jahresbedarf produzieren könnten, und Ueberkapazität besonders stark, so in der Automobilindustrie, die mehr als das Doppelte der amerikanischen Nachfrage befriedigen könnte. Die Radioindustrie sogar mehr als 3mal soviel produzieren, als verwendet wird. Der Weltmarkt ist zudem immer weniger aufnahmefähig geworden, und die letzte Exportabschwächung stellt auch die amerikanische Exportindustrie vor eine schwierige Situation. Vielpolitiker behaupten, dass die Vereinigten Staaten gegenwärtig bewusst auf eine leichte Inflation auszuweichen und das eigene Exportventil wieder zu öffnen zu können. Im übrigen rächt sich jetzt auch die Einwanderungspolitik, die in den letzten Jahren von den Vereinigten Staaten getrieben worden ist. Bis zum Jahre 1929 wanderten jährlich rund 1 Million Menschen nach den Vereinigten Staaten ein, und damit erhielt die Industrie nicht nur neue billige Arbeitskräfte, sondern auch jährlich eine Million neuer Einwanderer, die man für die Arbeitslosigkeit in manchen Bereichen zulässt, aber diesen Zweck konnte nicht erreichen; im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit hat sich gesteigert, weil der Konsum nachgelassen hat. Der Nachschub aus den verbrauchsfreudigen Einwanderermassen fehlte.

Probleme der inneren amerikanischen Wirtschaftspolitik

Die allmähliche Verschärfung der Wirtschaftslage hat es aber auch mit sich gebracht, dass der Luxusverbrauch des amerikanischen Durchschnittsbürgers erheblich zurückgegangen ist. Ein grosser Teil der amerikanischen Industrie aber ist auf diesem Luxusverbrauch aufgebaut. In dem Boomjahr 1929 wurden 4 Milliarden Dollar oder ein Viertel des gesamten amerikanischen Jahres-Volkseinkommens für Luxusgegenstände ausgegeben. Der amerikanische Arbeiter hatte so hohe Löhne, dass er fast ein Drittel davon für nicht lebensnotwendige Gegenstände ausgeben konnte. Er konnte sich im Durchschnitt sogar einen Kraftwagen leisten und trug so zur Prosperität der amerikanischen Automobilindustrie, insbesondere soweit sie billigere Massenartikel fabrizierte, bei. Der Rückgang des Absatzes hatte weiterhin einen Rückgang des Verbrauchs in allen Industriezweigen zur Folge, und nun kam es notwendigerweise zu einer Steigerung der Selbstkosten. Wenn nicht mehr in grossen Massen fabriziert werden konnte, wie das bisher der Fall war, so mussten die Produktionskosten wachsen. Da man mit Preissteigerungen aber nicht gut vorgehen konnte, sanken entsprechend die Gewinne. In noch rascherem Umfange, wie im Lande selbst sich die Lage verschlechterte, ist der Export zurückgegangen. Amerikas grosse Ausfuhr war im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass man enorme Kapitalien nach allen Teilen der Welt ausliel unter der Bedingung, ganz oder teilweise Waren hierfür zu kaufen. Nun aber musste diese Anleihepolitik mit einem Male abgestoppt werden. Die Sicherheitsverhältnisse, besonders in Europa, sind nicht mehr so, dass man unbedenklich Anleihen vergeben könnte. Infolge-

Um eine eigene Autoindustrie

Fiats, Saurer und Polens Verselbständigungsversuche

In dem Streben nach Autarkie, das die Wirtschaftspolitik Polens seit dessen Wiederaufrichtung charakterisiert, förderte die Regierung von Anfang an alle industriellen Neugründungen, von denen man erwarten durfte, dass sie die Unabhängigkeit vom Auslandswarenbezug verwirklichen könnten. Teils hat der Staat selbst vielfach die Initiative ergriffen und eine Reihe von vielen Industrien ins Leben gerufen, auf der anderen Seite wieder wurde das private Unternehmertum angeregt, sich auf industriellen Gebieten zu versuchen, für die jedoch, recht betrachtet, so wichtige Voraussetzungen, wie in erster Linie geschultes Personal und finanzielle Leistungsfähigkeit, fehlten. Es ist ja hinlänglich bekannt, dass mindestens 80 Prozent dieser von der Regierung durch Zollschutz und andere Erleichterungen künstlich geförderten Industriegebilde schon nach kurzer Zeit wieder zusammengebrochen sind, da sie den Konkurrenzkampf mit den ausländischen Erzeugnissen trotz allerlei Importerschwiernisse letzten Endes doch nicht bestehen konnten.

Von den Aktiengesellschaften

Das neue Sohlenlederkartell

Zur Gründung eines polnischen Sohlenleder-Kartells erfahren wir, dass zur Zeit in Polen 1296 Gerbereien bestehen, die alle Sohlenleder herstellen. Davon betriebligen nur 20 Gerbereien mehr als je 20 Arbeiter. Alle diese 20 Gerbereien sind dem neuen Kartell angeschlossen.

Belebung in der Lederindustrie

In den letzten Tagen wurde eine gewisse Belebung im Absatz von Treibriemen und technischen Lederstellen festgestellt. Der grösste Eingang der Bedeutung Metallindustrie war von seiten der Hütten-Verfügungswirtschaft in diesen Industriezweigen keine Steigerung aufweist. Die gegenwärtigen Beratungen sind auf die völlige Erschöpfung der Vorräte bei der Industrie zurückzuführen. Die Preise für damit eine gewisse Erhöhung auf.

Keine Verständigung Siemens-Brown Boveri

In der polnischen Wirtschaftspresse war in den letzten Wochen verschiedentlich behauptet worden, dass wegen der Brown Boveri A.-G. sich in der Hauptsache deswegen von der Fabrikation in Polen zurückziehen ein Abkommen getroffen habe, welches der letzteren Elektrowerke Brown Boveri A.-G. und der Polnischen Siemenswerke A.-G. veröffentlichten jetzt gleichzeitig in den polnischen Blättern eine Erklärung, die diese einmal entschieden dementiert und betont, dass nicht den Verhandlungen in dieser Richtung geführt worden sind. Die Brown Boveri A.-G. erklärt noch besonders, dass sie ihre Verhandlungen mit polnischen Industriellen, die sich für die Uebernahme ihrer Betriebe interessieren, fortsetze.

Die amerikanischen Kapitalanlagen in Europa

177 Millionen Dollar in Polen — 1,42 Milliarden in Deutschland

Das Handelsdepartement in Washington hat dieser Tage eine nach Ländern aufgliedernde Statistik über die langfristigen Kapitalanlagen der USA. in Europa veröffentlicht, die besondere Beachtung gefunden hat, weil in die Berechnungen auch die direkten Investitionen, d. h. die unmittelbaren Beteiligungen amerikanischen Kapitals an Versorgungsbetrieben, industriellen Unternehmen, Handel, Schiffahrt und Finanz in den einzelnen Ländern mit einbezogen worden sind.

Nach den amtlichen Ermittlungen beliefen sich die Gesamtinvestitionen zu Beginn des Jahres, gegliedert nach direkten privatwirtschaftlichen Beteiligungen und in Wallstreet platzierten Emissionen auf 4929 Millionen Dollars, die sich auf die einzelnen Länder wie folgt verteilen (alles in 1000 Dollars):

Länder	direkte Investitionen	Wallstreet-Emissionen	Gesamt-anlage
Deutschland	243 969	1 176 988	1 420 957
Grossbritannien	497 305	143 587	640 892
Frankreich	161 809	309 525	471 334
Italien	121 216	279 924	401 140
Schweden	19 230	253 536	272 766
Belgien	65 246	188 965	254 211
Norwegen	23 470	190 878	214 348
Dänemark	15 924	167 799	183 723
Polen	53 193	124 130	177 323
Holland	44 024	122 574	166 598
Ungarn	9 520	109 358	118 878
Oesterreich	17 377	97 688	115 065
Spanien	91 480	3 000	94 480
Finnland	1 206	78 043	79 249
Schweiz	17 834	43 503	62 237

Um eine eigene Autoindustrie

Montage von Militärlastwagen und Autobussen

über. Die Fabrikation stützt sich auf eine italienische Lizenz. Von vornherein auf schwache Füsse gestellt, geriet das Unternehmen, das schon zu 92 Prozent im Besitze der Staatlichen Landeswirtschaftsbank war, sehr bald in finanzielle Nöte, um schliesslich von den Staatlichen Ingenieur-Werken (Państwowe Zakłady Inżynierii) übernommen zu werden, die damit schon zwei Automobilfabriken in sich vereinigen. Neben einer im Jahre 1927 begründeten Autodroschkfabrik „AS“ in Warschau, deren Produktion jedoch gar nicht ins Gewicht fiel, entstand kurz darauf noch eine Montagefabrik „Stetys“ die hauptsächlich aus Frankreich importierte Automobilteile zusammensetzte. Schon 1929 brannte diese Fabrik gänzlich nieder, ohne dass vorerst an den Wiederaufbau gedacht werden konnte. Im Jahre 1929 wurde schliesslich ein Kleinwagen unter der Marke „W. M.“ herausgebracht. Er ist mit einem luftgekühlten Zweizylindermotor ausgestattet, sehr leicht und einfach in der Konstruktion, dazu ausschliesslich aus einheimischem Material hergestellt. Erwogen ist seine Serienfabrikation nach amerikanischem Muster.

Ueber diese Gründungen hinaus hat es Polen zu weiteren nennenswerten Leistungen auf diesem Gebiete nicht gebracht; insbesondere muss man die Anstrengungen der Autoindustrie, Personenwagen herzustellen, als durchaus gescheitert ansehen. Als Automobilfabriken können überhaupt nur die „C. W. S.“ (Centrale Warszaty Samochodowe) und „Ursus“ gezählt werden. Während „Ursus“ nur Lastwagen produziert, haben die „C. W. S.“ noch keine grössere Anzahl von Personenwagen auf den Markt gebracht. Das bescheidene Produktionsprogramm dieser zwei vereinigen Betriebe sieht

auch bis 1932 keine grössere Entlastung

des Unternehmens vor, da dem Staate nicht die Mittel zur Verfügung stehen, um die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Sicher aber wird die gegenwärtige Krise ungenutzt bleiben. Es soll „Ursus“ grössere Lieferungen an 2-t-Lastwagen für die Heeresverwaltung und eine Serie Untergetriebe für Autobusse herstellen. Zu diesem Zweck ist eine Lizenz der Schweizer Fabrik „Saurer“ erworben worden, die die Herstellung von 4-6-t-Wagen gestattet. Im günstigsten Falle werden aber im Jahre 1931 etwa 100 bis 150 Stück dieses Typs, 1932 aber 200—250 Wagen von 4 t und 50—100 Stück von 6 t hergestellt werden können. Der Inlandsbedarf an Lastwagen beträgt dagegen etwa 700 Stück. In Aussicht genommen ist eine Modernisierung und Erweiterung der Ursus-Werke. Durch die Einführung des Bandsystems bei der Montage hofft man die Selbstkosten wesentlich drücken zu können, woran zum grossen Teil der Wettbewerb mit der Auslandsindustrie bisher scheiterte. Wie dem aber auch sei, ist vorerst — eine Sanierung der Wirtschaft vorausgesetzt — an eine Sättigung des normalen Bedarfs Polens mit Kraftwagen einheimischer Provenienz nicht zu denken.

aussländischen Bewerbern die Konzessionen zu erteilen.

Gerade in der letzten Zeit haben sich zahlreiche ausländische Automobilfabriken um die Lizenz für Neugründungen an die polnische Regierung gewendet, so u. a. die Fiat-Werke und die Citroen-Fabrik, welche letztere die Konzession bereits erhalten hat. Da die Einfuhr von Automobilen nach dem gegenwärtigen Stand der einheimischen Industrie noch auf unabsehbare Zeit hinaus unentbehrlich sein wird, zieht es die Regierung vor, die ausländischen Unternehmungen direkt in Polen arbeiten zu lassen, wodurch polnischen Arbeitern Beschäftigung geboten und die Handelsbilanz beträchtlich entlastet wird. Es bleibt aber fraglich, bei einer Fortdauer der gegenwärtigen Wirtschaftsk-

krise, die den Konsum an Automobilen stark herabdrückt, die ausländischen Unternehmer hier ihr Auskommen finden werden. Man darf nicht übersehen, dass die Einfuhr von Automobilen nach Polen sich im letzten Jahre um fast 50 Prozent gegenüber dem Vorjahre (von 24,6 auf 12,6 Mill. Zloty) gesenkt hat und die Aussichten für den Absatz von Personen- und Lastwagen immer geringer werden. Es hat den Anschein, als ob

der polnische Bedarf an Kraftwagen zum mindesten für die nächsten zwei bis drei Krisenjahre vollkommen gedeckt

wäre, und man kann daher dem ausländischen Gründeraum augenblicklich durchaus keine günstigen Perspektiven stellen.

Neue Getreidestandards

Vor einigen Tagen hat die Posener Getreidebörse neue Getreidestandards eingeführt. Der Standard für Weizen wurde auf 127,1 Pfund festgesetzt (gegen bisher 124,8 Pfund) mit 2 Prozent Zusatz von verblühten Körnern. In Fachkreisen wird angenommen, dass der 2prozentige Zusatz wohl für Polen genüge, jedoch für Pommerellen unzureichend ist. Der Roggenstandard wurde auf 121 Pfund festgesetzt, gegen bisher 117,9 Pfund. Im Pommerellen wird Roggen mit diesem Gewicht nicht erzielt, während das festgestellte Gewicht für Polen und das Warschauer Gebiet als normal zu bezeichnen ist. Aus diesem Grunde verlangt die Landwirtschaft Pommerellens für ihre Roggenzeugnisse einen Standard von 118—119 Pfund. Für Hafer wurde der Standard von 77,5 auf 74,1 Pfund bei 3 Prozent Zusatz ermässigt. Auch diese Norm wird von der pommerellischen Landwirtschaft als zu hoch angesehen, weil die diesjährige Haferernte ungünstig ausgefallen ist.

Amerikanische Baumwollkredite für Polen?

In Warschau hatten der Direktor der Lodzer Handelskammer, der Vorsitzende des Baumwollspinnerkartells und der Direktor des Textilverbandes im polnischen Staate vertrauliche Beratungen im Ministerium für Handel und Industrie und im Finanzministerium wegen amerikanischer Baumwollkredite für Polen. Den Beratungen wohnte auch der polnische Botschafter in Washington, Filipowicz, bei, dem die Lodzer Vertreter das Projekt eines langfristigen Kredits in Höhe von 2—3 Millionen Dollar auf 6—7 Jahre vorlegten. Die Rolle der Regierung solle sich nur auf die Erteilung einer Garantie beschränken, während die technischen Einzelheiten dieser Kreditoperation von der Textilindustrie durchgeführt werden sollen.

Gdingen im September

Die amtliche Statistik des Schiffsverkehrs im Ostseehafen Gdingen verzeichnet für den September 239 000 t eingehende und 238 000 t ausgehende Schiffe. Seit dem Juli (260 000 t eing. und 265 000 t ausg. Schiffe) ist ein gewisser Rückgang des Schiffsverkehrs in Gdingen zu verzeichnen, der beinahe 10 Prozent ausmacht. Der Warenumschlag Gdingens belief sich im September auf 488 000 t und entsprach damit dem des Vormonats; 430 000 t entfielen auf die Ausfuhr (405 000 t Kohle), 58 000 t auf die Einfuhr (47 000 t Erze, 10 000 t Thomasschlacke).

Die Pariser Bankschwierigkeiten

Die Verschärfung der Weltkrise, wie sie namentlich in der Aufgabe der Goldwahrung durch England zum Ausdruck gekommen ist, hat auch schwere Erschütterungen der französischen Bankorganisation zur Folge gehabt. Die durch die Londoner Vorgänge verbreitete Unruhe hat die Wunden blossgelegt, welche die Pariser Finanz, teilweise bereits seit der Oustric-Krise, zu tragen hat, und die in der Zwischenzeit nicht geheilt, sondern nur notdürftig überdeckt werden konnten. Als erste ist der neuen Vertrauenserschütterung die Banque Nationale de Crédit zum Opfer gefallen, die bereits während der Oustric-Krise infolge erheblicher Abhebungen von Einlagen in einem Masse geschwächt wurde, dass sie nur durch den Eintritt einer neuen industriellen Gruppe in die Verwaltung über Wasser gehalten werden konnte. Das Institut hat nämlich an seinen Debitoren und Effekten erhebliche Verluste erlitten; andere ausstehende Kredite, nicht zuletzt an einige Verwaltungsmittglieder, sind für längere Zeit immobilisiert. Die effektiven Verluste sind so bedeutend, dass das Aktienkapital ebenso wie die Reserven von zusammen etwa 500 Millionen Franken als verloren angesehen werden. Die akute Bedrängnis im Gefolge der Pfundkrise ist durch den erneut einsetzenden Ansturm auf die Schalter des Instituts ausgelöst worden. Der bisherige Präsident des Instituts, André Vincent, musste zurücktreten. Daraufhin konnte mit Hilfe der übrigen Grossbanken, des Staates und der Bank von Frankreich eine Stützungsaktion durch die Bildung eines Garantiefonds organisiert werden.

Die dabei getroffene Regelung läuft darauf hinaus, dass der Staat auf dem Umwege über die Bank von Frankreich die restlose Befriedigung sämtlicher Verpflichtungen der Banque Nationale de Crédit garantiert hat. Diese Garantie gilt für 3 Jahre. Innerhalb dieses Zeitraums soll das Institut entweder liquidiert oder in kleinerem Rahmen wieder flottgemacht werden. Sollten sich dabei Verluste ergeben, so werden sie zunächst mit Hilfe des Aktienkapitals und der Reserven gedeckt. Darüber hinaus aber haben sich die übrigen Grossbanken verpflichtet, nötigenfalls einen Betrag von 260 Millionen Franken bereitzustellen, der den eigentlichen Garantiefonds darstellt. Es besteht also in Wirklichkeit eine Art Staatsgarantie für die Einlagen, während die übrigen Grossbanken nur bei der Deckung der möglichen Verluste mitwirken sollen. Auf diese Weise ist es gelungen, einem drohenden Schalterschluss aus dem Wege zu gehen.

Bei der seit 1880 bestehenden Bankfirma und Edelmetallanstalt „Comptoir Lyon-Alemand“ konnte der offene Zusammenbruch nicht vermieden werden. Das Comptoir, das über 210 Millionen Franken Kapital und 206 Millionen Franken Reserven verfügt, musste soeben seine Schalter schliessen. Dieses Institut stand, wie der „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, mitteilt, in engem Konnex mit der Banque Nationale de Crédit (auch hier war André Vincent der Leiter) und hat erhebliche Verluste erlitten, so dass es schliesslich völlig immobilisiert wurde. Man bemüht sich gegenwärtig um die Rettung der Industriegesellschaften aus der Einflussphäre des Comptoirs, nämlich der Eisengesellschaft Acieres de Firminy, die etwa 10 000 Arbeiter beschäftigt. Nicht so klar sind die Schwierigkeiten der zweitgrössten französischen Finanziersbank, der Union Parisienne, in Erscheinung getreten, die durch den Zusammenbruch einiger Gesellschaften ihres Konzerns, namentlich des Comptoirs d'Escompte de Reims, in Verlegenheit gebracht wurde. Mit Hilfe einer direkten Stützung durch die Bank von Frankreich und durch einige Freunde, zu denen auch die Société Générale de Belgique gehört, scheint aber die Situation dieses Instituts soweit geordnet zu sein, dass die zeitweise gehegten Befürchtungen um sein Schicksal behoben sein dürften.

Lord Readings Reise nach Paris

Lord Reading und seine Gattin sind nach London zurückgekehrt. Die französisch-englische Aussprache in Paris ist damit zunächst abgeschlossen. Man darf aber dessen sicher sein, daß sich aus ihr ganz bestimmte politische Ziele jenseit und diesseit des Kanals ergeben werden.

Sonnabend vormittag war zunächst ein französischer Ministerrat gewesen. Um 11 Uhr sprach wiederum Lord Reading zusammen mit seinen Begleitern Sir Frederick Leith-Ross und Howard Smith auf der Ministerpräsidentenkonferenz vor. Er verhandelte dort mit Laval, Briand, Glandin und Rollin bis 12,30 Uhr. Im Anschluß daran wurde eine gemeinsame Mitteilung ausgegeben.

Darin ist die Rede von dem „vollständigen und freimütigen Meinungsaustausch“ über die Weltlage und über die für eine Beseitigung der bestehenden Verhältnisse geeigneten Maßnahmen. Laval und Briand hatten Reading über die Berliner Besuche unterrichtet. Die Bedeutung von Laval's Reise nach Washington unter den jetzigen Umständen sei „in vollem Umfang gewürdigt“ worden. Die Mitteilung schließt mit der Versicherung, daß die beiden Regierungen fernerhin möglichst enge Fühlung miteinander halten müßten, im Interesse des Friedens und der Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft.

Eine Erklärung an die internationale Presse

Nach einem Frühstück im Finanzministerium empfing Lord Reading die internationale Presse auf der britischen Botschaft. Er verlas dort in englischer Sprache eine längere Aufzeichnung, deren Inhalt er daran anschließend kurz auf französisch zusammenfaßte. So banal diese Versicherungen auf den ersten Blick erscheinen könnten, so lassen sie, wenn man sie mit der amtlichen Mitteilung über die Konferenz zusammenhält, sehr wichtige Gesichtspunkte erkennen. Diese sind auch auf französischer Seite sofort begriffen worden und sind vor allergrößter Bedeutung, da sie das brennende Interesse Englands an den Vorgängen, die sich aus der unmittelbaren deutsch-französischen Aussprache in Berlin ergeben sollten, erkennen lassen, ja das deutsch-französische Problem geradezu in den Mittelpunkt von Readings Besprechungen schieben. Dieser sagte unter anderem: „Ich freue mich, daß meine erste Reise mich nach

Paris geführt hat, um meine alte Bekanntschaft mit den Herren Briand und Glandin zu erneuern und den Ministerpräsidenten Laval persönlich kennenzulernen. Ein glücklicher Zufall hat mich in dem Augenblick nach Paris geführt, wo die französischen Mitglieder für den französisch-deutschen Wirtschaftsaustausch benannt wurden.

Die englische Regierung billigt durchaus die Lösung, die in Berlin gelegentlich der Reise der Herren Briand und Laval durch die Bildung dieses Ausschusses gefunden wurde. Ein solches Ergebnis hat auf die englische Regierung und Öffentlichkeit einen äußerst günstigen Eindruck gemacht, entsprechend dem, der durch die Reise Brünings nach Paris erweckt worden war. Ich erkläre in dieser Lösung den Anfang einer neuen Ära für die europäischen Beziehungen.

Die britische Regierung verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die Aufgaben, die sich die französische und die deutsche Regierung gestellt haben, und wünscht, daß diese fortgesetzt werden möchten, zur Schaffung eines dauernden Friedens und zur Stabilisierung der Wirtschaftslage in Europa. Eine solche Zusammenarbeit auf Grund eines gegenseitigen Verständnisses für die Bedürfnisse der einzelnen europäischen Mächte erfüllt die britische Regierung mit Genugtuung, und sie wird selbst mit Freude daran teilnehmen! Die britische Regierung begrüßt auch mit Genugtuung die Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Washington und wünscht ihm dort einen vollen Erfolg. Meine Besprechungen in Paris waren von loyaler und freimütiger Tonart. Ich habe die Lage Großbritanniens dargelegt und bin hier auf Verständnis gestoßen. Der französische Ministerpräsident Laval hat seinerseits die Lage Frankreichs auseinandergesetzt.

Ich lehre mit der Ueberzeugung nach London zurück, daß Frankreich ein Weltsturm wird, was in seinen Kräften steht, nicht nur für England, sondern für die gesamte Welt.

England und die Welt werden aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht ohne die Zusammenarbeit mit den andern Mächten und nicht ohne einen Appell an die internationale Solidarität herauskommen. Ich hoffe, daß die erfolgversprechende Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sich auch auf eine Zusammenarbeit mit den andern Regierungen ausdehnen wird.

Was der Tag sonst noch brachte

Weitere Sprengstofffunde sind von Pilsammlern in der Nähe von Potsdam bei Caputh gemacht worden. Es wurde in einer Schöpfung ein Paket von 7 Pfund Pikrinsäure entdeckt.

Die deutsche Domgemeinde in Riga hat als Protest gegen die Enteignung der Kirche das Gotteshaus verlassen.

Der süddeutsche Pfarrer Eckert ist auf Grund seines Uebertrittes zur kommunistischen Partei seines Amtes enthoben worden.

Der in Wien verhaftete Kaufmann Salvator Matuschka soll nach einer Mitteilung aus Budapest der Attentäter von Via Torbagg sein.

In dem Befinden Edisons ist in den letzten Tagen eine leichte Besserung eingetreten.

Der frühere Divisionskommandeur bei den Grenzschutztruppen, Generalleutnant a. D. Hans von Winterfeldt, ist im Alter von 69 Jahren gestorben.

In Hann.-Münden überfielen einige Volksschüler ihren Mitschüler Heinz Stübner, der Klassenleiter geworden war, und verletzten ihn so schwer, daß er seinen Verletzungen erlag.

In Rattowitz wurde die 21jährige Emilie Domzol zum Tode verurteilt. Sie hatte gemeinsam mit ihrem Geliebten ihren Vater ermordet.

Bei dem augenblicklich in Berlin stattfindenden Weissenberg-Prozeß ergab sich unter anderem, daß Weissenberg bei seiner Behandlung sich einer sogenannten Teufelschnur bediente, mit der er aus

dem Körper seiner Anhänger die bösen Geister herausziehe.

Zwei Kinder einer Berliner Familie badeten gemeinsam in einer Badewanne. Die Mutter, die das Badezimmer für eine Weile verließ, fand bei ihrer Rückkehr den einen Knaben tot in der Wanne auf.

In Paris entdeckte man auf dem Wagendache eines Zuges die Leiche einer Lehrerin aus Saargemünd. Sie muß während der Durchfahrt durch einen Tunnel tödlich verlegt worden sein.

In der Nähe von Osnabrück wurden in den letzten Tagen mehrere Brandstiftungen verübt. Einige Bauern wurden verhaftet.

Der deutsche Bobverband hat sich für eine Beteiligung deutscher Bobfahrer an der Winterolympiade in Amerika ausgesprochen.

Für Helgoland sind vom Preussischen Landtag Uferstuhlbauten beschloffen worden, die in aller kürzester Zeit zur Ausführung gelangen sollen.

Deutsches Reich Zusammenstöße

Bremen, 12. Oktober. (R.) Gestern nachmittag kam es hier zwischen etwa 45 Nationalsozialisten und ungefahr 300 Reichsbannerleuten zu einem schweren Zusammenstoß, wobei es auf beiden Seiten mehrere Leicht- und Schwerverletzte gab. Ein schwerverletzter S. A.-Mann mußte in die Klinik übergeführt werden.

Die heutige Ausgabe hat 14 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. A. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

rieden. Der „Kobolniz“ schreibt: „Wenn es der Rechten auch nicht gelungen ist, ihre hervorstechendsten Vertreter in die Regierung zu bringen, so hat sie doch jenseit erlangt, daß der Einfluß der „Wirtschaftskreise“ noch stärker als bisher sein wird. Und darum ist es ihr hauptsächlich gegangen. Man darf nämlich nicht vergessen, daß die Deutschen gegenwärtig den Zeitgeist nicht eines Klassenkampfes durchleben, der eine bisher unbekannte Schärfe angenommen hat. Die Industriellen wollen selbst die Wirkung der wenigen Anordnungen verhindern, die bis zu einem gewissen Grade ihre Freiheiten bei Durchführung der Raubwirtschaft einschränken und vor allem einen Gewaltangriff auf die sozialen Leistungen verhindern. Ihre Lösung aut daher nicht wie bis dahin: „Fort mit dem Marxismus!“, sondern „Fort mit den Berufsverbänden!“ Der Kampf mit den Berufsverbänden bedeutet den Kampf mit den sozialen Erzeugnissen der Arbeiterklasse, mit dem Lebensstandard dieser Klasse, mit der Arbeitslosenversicherung usw. Das neue Kabinett Brüning ist daher ein Kabinett der Vorwände. Unter dem Schild der Parteien der Rechten und des Zentrums, einem an sich verhältnismäßig harmlosen Schild, verbirgt sich eine ausgeprochene Reaktion so-

zialer Art. Das zweite Kabinett Brüning ist daher der Ausdruck dafür, daß die inneren Spannungen in Deutschland ihre letzte Grenze erreicht haben. Vielleicht nirgends hat die Teilung der Volksgemeinschaft in zwei feindliche Lager einen solchen Umfang angenommen, wie in diesem Lande. Es bestehen immer weniger Aussichten, daß der Kampf zwischen diesen Lagern auf parlamentarischer Grundlage ausgetragen werden kann.“

Vediglich der jüdische „Nasj Przeglad“ hält das neue Reichskabinett nicht für so gefährlich, wie die übrige Presse in Polen. Das Blatt stellt fest, daß das neue Kabinett eine zur Hälfte parlamentarische, zur Hälfte beamtenmäßige Regierung sei. Reichsanstalt Brüning wäre der Rechten zur Hand gegangen, die Curtius gehaßt hätte, habe aber auch nicht völlig mit dem Zentrum und der Linken gebrochen. In Anbetracht der Washingtoner Konferenz sei nicht anzunehmen, daß der Reichstag dem neuen Kabinett ein Mißtrauensvotum erteile. Damit rechne Brüning und werde bis dahin die notwendigen Vorlagen durchbringen, um sich den Weg für später frei zu machen. Nach der Parlamentstagung würde er weiter diktatorisch regieren.

Eine deutsche Anfrage Brief an den schlesischen Wojewoden

Wir berichteten bereits über die Propaganda der Liga für die Großmachtentwicklung Polens. Es liegt uns nicht, zu dieser Art der aufreizenden Werbung auf Kosten der friedlichen deutschen Bevölkerung in den Worten Stellung zu nehmen, die eine solche Propaganda verdient. Wir erinnern uns nur daran, daß es auch Polen in Deutschland gibt, daß zu unserem Bedauern auch gegen sie manchmal in einer radikalen Form Propaganda gemacht zu werden pflegt, wenn es sich nur um Aussagen handelt, wenn nur ein ganz kleiner Kreis dahintersteht, der von der Regierung und der großen Öffentlichkeit sofort zur Ordnung gerufen wird. Noch niemals aber haben Polen in Deutschland sich darüber zu beklagen brauchen, daß eine „Liga zur Großmachtentwicklung“ in einer solchen Form Heßpropaganda treibt, die schärfste Verurteilung verdient. Auch bei uns in Posen sind diese Plakate ausgehängt, fanden solche Werbungen statt.

In Oberschlesien ist diese Werbearbeit besonders intensiv. Nun hat sich die deutsche Bevölkerung entschlossen, sich durch ihre parteiliche Vertretung an den Herrn Wojewoden zu wenden, um im Hinblick auf die Erklärung des polnischen Außenministers Jaleski eine Entscheidung zu fordern. Der Brief lautet wie folgt:

„Seiner Hochwohlgeboren dem Herrn Wojewoden Dr. Grazynski in Katowice.

Die endgefertigten deutschen politischen Parteien des schlesischen Teiles der Wojewodschaft sehen sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Herrn Wojewoden auf folgendes zu lenken: Seit etwa zehn Tagen affiziert die Wegja Mostowice in Stadt und Land des schlesischen Teiles der Wojewodschaft Werbeplakate, in denen das Deutschtum in einer unerhörten Weise verunglimpft und beleidigt wird. Alle Deutschen in den Westgebieten werden in Haß und Bogen zu Spionen gestempelt

und im kommenden Kriege als Meuchelmörder bezeichnet. Zum Schluß wird die Bevölkerung zum Kampf mit dem Deutschtum aufgefordert.

Die gefertigten politischen Organisationen erblicken in der Verbreitung dieser Werbeplakate eine schwere Gefährdung des nationalen Friedens in der Wojewodschaft. Aus dem Herbst des vorigen Jahres wissen wir, wie wenig nützt, um die nationalen Leidenschaften gegen den deutschen Bevölkerungsteil der Wojewodschaft aufzupeitschen und beklagenswerte Ereignisse zu provozieren.

Eingedenk des Appells, den Herr Außenminister Jaleski in Genf an die Minderheiten richtete, sich vertrauensvoll an die polnischen Behörden zu wenden, nicht aber den Beschwerdenweg zu internationalen Instanzen zu gehen, falls die Minderheiten Anlaß zu Klagen wegen Unzulänglichkeiten haben, wenden wir uns hiermit an Sie, Herr Wojewode, mit der Bitte, unverzüglich gegen die Verbreiter dieser provozierenden Werbeplakate mit vollster Strenge vorzugehen und die Entfernung der Plakate anzuordnen.

Wir bitten Sie, uns von den getroffenen Maßnahmen in Kenntnis setzen zu wollen, damit wir auf die mit Recht beunruhigte deutsche Bevölkerung beruhigend einwirken können.

Genehmigen Sie, Herr Wojewode, die Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung. Deutsche Partei, Bielitz. Christlich-sozial-politischer Verein Bielitz. Jungdeutsche Partei für Polen, Bielitz.

Die letzten Telegramme

Kundgebungen in China
Kanton, 12. Oktober. (R.) Ein Trupp Studenten drang in ein Warenhaus ein, holte alle Waren japanischen Fabrikats heraus und verbrannte sie. Die Polizei gab auf die Volksmenge, die einen Häufel führer bestreuen wollte, eine Salve ab. 12 Angreifer wurden getötet, 20 verletzt.

Vor einer japanischen Regierungserklärung
London, 12. Oktober. (R.) Der Korrespondent der „Times“ in Tokio meldet: Vor Zusammentritt des Völkerbundes wird eine wichtige Erklärung über die japanische Politik abgegeben werden, über die sich das Kriegsministerium und das Außenministerium geeinigt haben. Sie wird besagen, daß Japan keine neuen Rechte und Konzessionen sucht. Japan besteht aber darauf, daß die existierenden Rechte gesichert, und daß die wichtigsten schwebenden Differenzen gemäß den Verträgen geregelt werden.

Briand fährt nach Genf
Paris, 12. Oktober. (R.) Außenminister Briand wird heute vormittag 11 Uhr nach Genf abreisen. Es sei denn, so fügt der „Petit Parisien“ dieser Nachricht hinzu, daß die Lage im ferneren Osten sich plötzlich besser stellen sollte.

Der britische Außenminister auf dem Wege nach Genf
Paris, 12. Oktober. (R.) Der britische Außenminister Lord Reading hat gestern abend auf dem Wege nach Genf Paris passiert. Im gleichen Zuge ist auch der Delegierte der japani-

schen Regierung beim Völkerbund, der japanische Botschafter in Paris Yoshijawa, nach Genf abgereist.

Verroug geht nicht nach Genf
Madrid, 12. Oktober. (R.) Ministerpräsident Zamora hat im Namen der spanischen Regierung Außenminister Verroug gebeten, gegenwärtig Madrid nicht zu verlassen. Der Außenminister hat daraufhin seine Genfer Reise verschoben.

Botschafter von Hoersch
Paris, 12. Oktober. (R.) Der deutsche Botschafter von Hoersch ist gestern abend von seinem Urlaub nach Paris zurückgekehrt.

Seltene Ueberquerung des Narmekkanals
London, 12. Oktober. (R.) Für die Ueberquerung des Narmekkanals zwischen Frankreich und England wurde ein neuer seltener Rekord aufgestellt. Ein 21jähriger Franzose überquerte nämlich den Kanal liegend auf einem sogenannten Wasserbreck, das von einem kleinen Motorboot gezogen wurde. Zu dieser Ueberquerung wurden 7 Stunden benötigt. Da der Franzose nur einen Badeanzug anhatte, kam er halb erfroren an der englischen Küste an.

Autounfall in Kent
London, 12. Oktober. (R.) Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen und ein Motorrad, auf dem sich zwei Personen befanden, prallten gestern nachmittag bei Maidstone (Kent) in voller Fahrt aufeinander, überschlugen sich und gerieten in Brand. Den Augenzeugen der Katastrophe gelang es, einen Verunglückten mit lebensgefährlichen Brandwunden zu bergen. Die anderen 5 jungen Leute unter 21 Jahren kamen in den Flammen um.

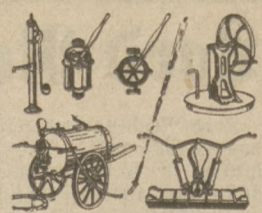
In Gdingen 17 Tote
Gdingen, 12. Oktober. (R.) Die Explosionskatastrophe in Gdingen hat, wie jetzt festgestellt, insgesamt 17 Todesopfer gefordert.



Der neue Erzbischof von Prag Dr. Karl Kaspar, bisher Bischof von Königgrätz, wurde zum Erzbischof von Prag ernannt.

Neu! Neu!
Jack London
(die neuesten Bände)
Alaska-Kid
Die glücklichen Inseln
Die Fahrt der Snark
Die Zwangsjacke
Jeder Band:
brosch. (3.—), Leinen (4.80).
In allen Buchhandlungen!
Auslieferung durch die
Kosmos Sp. z o. o., Großsortiment
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Brillen, Kneifer, Lorgnetten
 in großer Auswahl, genau optisch der Gesichtform angepaßt empfiehlt
Carl Wolkowitz
 27 Grudnia 9 **Diplom-Optiker** 27 Grudnia 9
 Absolvent der Hochschule für Optik in Jena
Augenuntersuchungen mittels eines auf streng wissenschaftlicher Grundlage konstruierten Apparates **kostenlos.**

Pumpen aller Art
 und deren Ersatzteile.
 Brandspritzen, sowie fahrbare Faßwagen mit angehefteter Spritze für Garten. Chausseu. and. empfiehlt
Pumpen - Fabrik W. Kraupe, Leszno (Polen),
 vorm. Philipp Hannach Lissa (P.)
 (Preislisten auf Wunsch).

Im Verlage des Posener Diakonissenhauses erschien im 72. Jahrgang
Der Evangelische Volkskalender für 1932
 im Umfang von 160 Seiten mit einem Kunstdruckbild und vielen Bildern im Text, sowie mit Wandkalender und Märkte-Verzeichnis.
Preis 1,75 zł.
Die Evangelische Diakonissen-Anstalt
 Poznań, Grunwaldzka 49.

Original-Einheitskisten!
 Als einzige vorteilhafte Obstverpackung bei der letzten Obstausstellung in Posen anerkannt, sowie **alle Arten Misten in Feinschnitt**, speziell für Bäcklinge, Käse, Rebhühner liefert zu billigen Preisen.
Fritz Fröhlich, Kamiennik, pow. Czarnków.

TONSTEINE
 Verblender sowie Dachsteine — Biber-schwänze liefert in bekannter, guter Qualität, zu maß. Preisen:
M. Perkiewicz,
 Ludwikowo p. Mosina, Fabryka Ceramiczna, Ceglolnia i Tariat.

Detektiv Büro GREIF
 seit 20 Jahren in Posen
Ermittelungen Beobachtungen Auskünfte
Ratajczaka 15 (Apollo).
Gelegenheitskauf!
 Offener Wagen (Volant) verkauft Strzałowa 2, Wohnung 3.

Molkereigenossenschaft Budziszewo Stat. Stoki hat wöchentlich
5-7 Ztr. beste Molkerei-Butter
 abzugeben.

Verkaufe 1 Hausgrundstück, 3 Läden, jährl. Mietwert 4080 zł, Preis 35000 zł
1 Hausgrundstück, 4 Wohnungen, Preis 6000 zł
1 Breitdrechselmaschine mit Schüttelwert, zwei Häcksel-Maschinen, eine Getreide-Reinigungs-Maschine, ein elektr. Motor 5 P.S.
 Anfragen u. 1985 an die Geschäftsstelle d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Ia Oberschl. Steinkohlen
 Stück, Würfel, Nuss zu konkurrenzlosen Preisen. Bei sofortiger Bestellung **zł 520.- 300 Ztr.**
C. Walewski, Katowice I.

Bauerngut
 von 250 Morgen, in der Nähe von Polkiewiszka, zu verkaufen. Inventar komplett. Günstige Zahlungsbedingungen. Nähere Auskunft erteilt **Gerhard Staemmler, Poznań, ul. Zwierzyniecka 13, I. r.**

Inferate
 wie: Verlobungen, Heiraten, Geldgesuche, Wohnungs-Vermietungen und Angeboten, Möblierte Zimmer, Stellen-Gesuche und Angebote, An- u. Verkäufe, Sprach- u. Musikunterricht im „Posener Tageblatt“
haben den größten Erfolg!

Klavier
 sofort zu kaufen gesucht.
 Off. u. 1950 a. d. Gest. d. Btg.

Enlaufen großer, grauer Schäferhund
 mit Halsband und Maulkorb in Tama Garbarska.
Fleischer-Gulczewo, pow. Wrzesnia.

Prima Konfekt
 reich sortiert
Ausnahmepreis 6⁰⁰ zł
 das Pfund
Walerja Patyk
 Aleje Marcinkowskiego 6. Gegr. 1901.
 (neben der Post).

Achtung!
Damen- u. Herrenhüte
 werden gereinigt, gefärbt und auf die modernsten Formen umgepreßt. Die Arbeit wird sachmännlich ausgeführt.
Hutmachermeister M. Ziegler,
 Poznań, Maszalska 5a.

Abschreiftwort (fett) ----- 30 Groschen
 jedes weitere Wort ----- 15 „
 Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
 Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
 Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Möbl. Zimmer
Bescheidenes Zimmer
 Nähe der Universität sucht Student. Off. unter 1983 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Zimmer
 mit Küchenbenutzung für Ehepaar sofort abzugeben.
 Sw. Wojciech 7
 2. Eingang, Wohnung 12j

Möbliertes Zimmer
 mit Telefon sofort gesucht von Exportkaufmann. Nähe Bahnhof oder Zentrum. Preisofferten unt. 1975 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

3 Zimmer
 Bad, Mädchenzimmer, Zentrum, gegen 1/2 Fahr. Miete sucht sofort nur vom Wirt.
 Off. u. 1982 a. d. Gest. d. Btg.

Heirat
 Witwer mit zwei Kindern über 9 J., mit größ. gutem Unternehmen sucht geschäftstüchtige, bessere Dame, nicht unter 24 Jahren, zwecks baldiger Heirat
 kennenzulernen. Offert. mit Vermögensangabe u. Bild, welches zurückgekehrt wird, zu richten unter 1968 an die Geschäftsstelle d. Zeitg. (Streng diskret).

Junger Gärtner
 dem es an Damenbekanntschaft fehlt, sucht m. Dame, ev. bis 25 Jahre, in Briefwechsel zu treten, zwecks spät. Heirat. Etwas Vermög. erwünscht.
 Off. mit Bild unter 1967 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Wäsche billiger!
 Damen-, Kinder-, Bettwäsche aus erstklassigen Stoffen zu niedrigen Preisen empfiehlt
H. Wojtkiewicz, Nowa 11.
 Spezialität:
 Wäsche eigener Herstellung.

Gelegenheitskauf
 1 wenig gebrauchter Eberhard-Daktor-Saat- u. Tiefpflug Par. 6, 4-scharig, billig abzugeben. Nähere Auskunft erteilt:
M. Gerstenlorn, Poznań, Poznańska 50, Tel. 60-87.

Lagerplatz
 für Kohlen- u. Holzhandlg. geeignet, mit freier Bohng. in Kleinstadt bei Pognan — Bahnhofstraße — zu verpachten od. zu vermieten.
 Off. u. 1905 a. d. Gest. d. Btg.

Geb. Dame
 m. g. Zeugn. sucht Stellg. als Erzieh. od. Säuglingspf. ab 15. Okt. Angeb. unter 1954 an d. Geschäftsstelle d. Zeitung.

Stille Teilhaberin
 mit einem Kapital von 10-20000 zł, das durch 1. Hypothek abgesichert werden kann, für ein gutgehendes Geschäftsgründg. sofort gesucht. Bei Zustimmung Heirat nicht ausgeschlossen. Off. u. 1906 an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Gut möbliertes Zimmer
 für 2 Herren od. berufstätige Damen von sofort zu vermieten. **A. Hoffmann, Wroclawska 33/34, III, I.**

Zimmer, Preis 20 bis 25 zł gef. Off. unt. 5. S. an d. Gest. d. Btg.

An- u. Verkäufe
Pianino
 freisitzig, Stahlplatte, zu verkaufen. Woźna 18, Bz. 9.

Möbel
 sowie Spiralmatrassen, Polsterkissen, Metallbetten, Feldbetten, Liegestühle empfiehlt
Streitz, Podgórna 10.

Gebrauchte
 Möbel, Garderobe, verschiedene andere Gegenstände kauft un. verkauft
Nowy Dom Komisowy, Woźna 16.

Wahlgarnitur 7,50
Kaffeeservice 8,50
Tafelservice 59,00
 Porzellan am billigsten nur direkt Wroniecka 24 im Hofe, Porzellan-großhandlg.

Offene Stellen
 Suche für meine fl. Wassermühle einen älteren, tücht. Soliden
Leiter,
 (ledig oder Witwer bis 50 Jahre, da keine Wohnung f. Familie vorh. ist). Pacht nicht ausgeschlossen. Kautions erforderlich. Off. u. 1978 an die Geschäftsst. d. Btg.

Verschiedenes
TERRANA
 Raffaden-Gebäude E. Werner, Oborniki Dworcowa 54, Telefon 48.
Die Beleidigung
 gegen Fr. Wendt u. J. Lubinski nehmen wir jurid. A. u. G. Reinhold.
Hund (Küde)
 (wenn möglich dtsch. Dogge) scharf, jung und sehr gut erzogen, sofort zu kaufen gesucht. Off. u. 1956 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Florindia das sicher wirkende ind. Naturprodukt
 gegen selbst schwerste Nieren- und Blasenkrankungen, Gicht und Rheuma
 Stoffwechsel-Erkrankungen u. zur Blutreinigung
 Original-Packung Florindia I zu Beginn der Kur zł 4.30
 Original-Packung Florindia Ia in verstärkter konzentrierter Form zł 4.90
 In Apotheken u. Drogerien m. aufklärend. Literatur
 Import ind. Naturprodukte:
Alfred Fink, Danzig, Kundegasse Nr. 52.

Ein Buch
 in dem auf jeder Seite der Schalk sitzt:
Wenn du eine Schwiegermutter.
 Humoristischer Zeitroman von Theophil
Solche Lebensfreude spendende Romane haben Dauerwert, man soll sie daher seiner Bibliothek einverleiben.
 Die broschurierte Ausgabe kostet RM 3.—
 der fein gebundene Ganzleinenband RM 4.50
 In allen Buchhandlungen zu haben!
 Auslieferung durch die
KOSMOS Sp. z o. o., Abteilung: Groß-Sortiment
 Poznań, Zwierzyniecka 6.

Rundfunkwoche
Mittwoch, 14. Oktob. 7 1/2, Arb. I. Brnfl.
Rundfunkprogramm für Mittwoch, 14. Oktober.
 Posen, 7.15: Morgenzeitung, 13: Zeitzeichen, 13.05: Schallplatten, 14: Pat-Berichte, Börsen- und Marktnotierungen, 14.15: Landwirtschaftliche Berichte, 14.30: Für die Gutsbesitzerin, 17: Kinderstunde, 17.35: Von Warschau: Nachmittagskonzert, 18.50: Nachtrag zur Morgenzeitung, 18.50: Viertelstunde Humor, 19.55: Beiprogramm, 20.15: Orgelkonzert, 21: Liebeslieder, (Gabriela Krugier-Bernacka), 21.30: Violinkonzert (Gene Jarzycka). In der Pause: Theater- und Pantomimprogramm für Donnerstag, 22: Zeitzeichen, Pianoderei, 22.15: Pat-Berichte, Sports- und Polizeinachrichten, 22.30-24: Tanzmusik aus dem Kabarett „Apollo“.
 Warszawa, 11.40: Pat-Rundschau, 11.58: Zeitzeichen, 12.10: Wetter, 12.15, 14.45: Schallplatten, 15.05: Landw. Bericht, 15.45: Schifffahrt, 15.50, 16.40: Schallplatten, 17.35: Leichte Musik, 18.50: Verschiedenes, 19.15: Landwirtschaftlicher Rundfunk, 19.25: Funkprogramm für Donnerstag, 19.35: Schallplatten, 19.45: Funkzeitung, 20: Tanzmusik, Argentinisches Orchester, 20.40: Jng. Bekker: Eisenbahn der Zukunft, 20.55: Frischer Nationalabend: Vortrag über Island, Frische Musik (Funkorchester), 21.55: „Lady Windermeres Fächer“, Hörspiel nach Oscar Wilde, 22.40: Funkzeitung, 22.45: Wetter, Sports- und Polizeinachrichten, 23-24: Leichte Musik und Tanzmusik.
 Breslau-Gleiwitz, 6.30: Gymnastik, 6.50, 11.35, 13.10, 13.50, 14.50: Schallplatten, 15.20: Elternstunde, 16.25: Musik, 17.30: Seitene Lieder, 18.25: Wir wollen helfen! ca. 18.35: Musik, ca. 19.35: Bildungsproblem, 20: Aus der Schlesing, 21.10: R. Tauber singt, 23: Tanz.
 Königsweiserhausen, 6.30: Gymnastik, 6.45, 12.05, 14: Schallplatten, 14.45: Kinderstunde, 15.45: Frauenstunde, 16: Pädagogische Zeitschriftenschau, 16.30: Konzert, 17.30: Das Quintett (I), 18: Bleibende Werte der deutschen Dichtung, 18.25: Hochschulfunk, 19.30: Volkswirtschaftsfunk, 20: Berlin: Pro Arte-Quartett, 20.30: R. Tauber singt, ca. 22.30: Leipzig: Tanz.